

DGB-Jugend Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Martin Habersaat, Vorsitzender des Bildungsaus-
schusses
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5244

per Mail an: bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Gesetze (Drucksache 20/3279 sowie Umdruck 20/4921)

11. September 2025

Sehr geehrter Herr Habersaat, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Gesetze (Drucksache 20/3279) und zu einem Änderungsantrag der SPD-Fraktion dazu (Umdruck 20/4921).

Da ebenfalls unsere Gesamtorganisationen, der DGB sowie deren Mitgliedsorganisationen die Gewerkschaften ver.di und ver.di Jugend Nord sowie die GEW zur Stellungnahme aufgerufen sind, möchten wir auf diese noch einmal ausdrücklich hinweisen und uns deren Stellungnahmen anschließen.

Kontaktperson:

Wiebke Oetken
Abteilungsleiterin
Jugend & Jugendpolitik

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB-Jugend Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Telefon: 040 6077661-40

wiebke.oetken@dgb.de
jugend.nord@dgb.de

Als Gewerkschaftsjugend vertreten wir insbesondere die Perspektive von jungen Beschäftigten und damit auch Studierenden. Wir möchten daher zwei Aspekte aus der Stellungnahme unserer Gesamtorganisation noch einmal explizit hervorheben:

Grundsätzlich begrüßt die DGB-Jugend die Anpassung zur Vertragslaufzeit für studentische Beschäftigte in §69, die in ihrer derzeitigen Form jedoch weit hinter unseren Erwartungen zurückbleibt. Der vorliegende Änderungsentwurf reicht nicht aus, um die Umsetzung der schuldrechtlichen Vereinbarung aus der TV-L Tarifrunde aus 2023 in Schleswig-Holstein zu gewährleisten.

Außerdem widerspricht die DGB-Jugend ausdrücklich der Einführung des Verwaltungskostenbeitrags von 60€ für Studierende, der eine weitere Zäsur für die Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein bedeutet.

Studierende stehen bereits jetzt unter erheblichem finanziellem Druck. Sie sind aufgrund ihrer geringen Einkommen besonders von steigenden Miet- und Lebenshaltungskosten betroffen. Die Chance ein Studium aufzunehmen sowie zügig und erfolgreich abzuschließen haben aufgrund der rasant steigenden Miet-

und Lebenserhaltungskosten und der ungenügenden Bafög-Reform immer weniger Menschen. Die geplante Verwaltungsgebühr stellt für viele Studierende eine zusätzliche finanzielle Belastung dar.

Wir lehnen die vorgesehene Einführung eines Verwaltungskostenbeitrages ab. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Umdruck 20/3279) wird dementsprechend befürwortet und zur Annahme empfohlen.

Die DGB-Jugend bittet um die Berücksichtigung ihrer Hinweise und Anmerkungen.

Mit freundlichem Gruß

Wiebke Oetken